

# FÜR MEHR ALS NUR DAGEGEN: DIE ANTIFA-KONFERENZ IN KÖLN

<http://aia.blogspot.de>

Rechtspopulismus, Islamkritik und Islamismus. Jene für sich schon komplexen Begriff sollten auf einer dreitägigen Antifa-Konferenz behandelt werden. Ein Rückblick.

Vom 19.-21. September sollte in Köln ein von der "Bürgerbewegung pro Köln" organisierter "Anti-Islamisierungskongress" stattfinden. Eingeladen waren rechte und rechtsextreme Parteien aus ganz Europa, u.a. auch die FPÖ mit Strache, Mölzer und Vilimsky. Letztlich scheiterte dieser Versuch der Vernetzung und Propagierung einer vereinten europäischen Rechten am Protest von mehreren Zehntausenden, die Straßen, Schienen und Plätze blockierten. Dem Antifa AK Köln reichte die Auseinandersetzung auf der Straße nicht, er organisierte zwei Woche zuvor eine Antifakonferenz.

Die Konferenz mit dem Motto "feel the difference" setzte sich drei Kernthemen: Rechtspopulismus, (linke) Islamkritik und Islamismus. In puncto Rechtspopulismus waren v.a. jene Fragestellungen wichtig: welche politische Relevanz hat der Rechtspopulismus und was unterscheidet ihn von nazistischen Standpunkten. Gleichzeitig sollte eine antifaschistische und emanzipatorische Positionsbestimmung in Bezug auf Islam und Islamismus ausgearbeitet werden, die weder anschlussfähig an (kultur-)rassistische Stereotype ist, noch Verständnis für reaktionäre, fundamentalistische Bewegungen aufbringt.

## Die Konferenz und ihre Diskussionen

Zur Annäherung an den Themenkomplex Rechtspopulismus wurden die Parteien Vlaams Belang (Belgien), Front National (Frankreich) und FPÖ, sowie die Debatten um Moscheebauten in deutschen Großstädten verglichen. Gerade die

europaweiten Gegenüberstellungen zeigten, dass mit rechtem Populismus, der sich demokratisch präsentiert, ein großes Potential an Wähler\_innen mobilisiert werden kann. Ebenso wurde – für Deutschland – festgestellt, dass sowohl im Auftreten als auch inhaltlich, Unterschiede und Trennlinien zwischen Rechtspopulist\_innen und Neonazis bestehen. Ob diese Unterscheidung für Österreichs Rechte, sowie für andere Länder genauso getroffen werden kann, bleibt hingegen fragwürdig.

Bezüglich Islam und Islamismus waren die Positionen kontroverser, nur wenig galt als Konsens. Eine gemeinsame Übereinstimmung war, dass Islamismus als reaktionäre Bewegung, die Individualismus verneint und Minderheiten verfolgt, keinerlei Anknüpfungspunkte für linke, emanzipatorische Inhalte bietet. Ebenso bestand Einigkeit darin, dass trotz aller Kritik an Staat und Religion innerhalb bürgerlicher Verhältnisse gleiche Rechte für alle zu gelten hätten, genauso wie legitime Kritik an Islam und Islamismus auf keinen Fall anschlussfähig sein dürfe für reaktionäre Positionen.

Unklarer waren dafür viele andere Punkte: Wo genau verläuft die Grenze zwischen "privatem" und politischem Islam? Ab wann driftet Kritik am Islam ins rassistische ab? Kann die Problematik des Islam(ismus) überhaupt mit einer allgemeinen Religionskritik gefasst werden? Braucht es überhaupt eine (linke) Diskussion über Islamismus in überwiegend christlichen Ländern? Ist Homophobie islamimmanent oder doch als Entstehungsprodukt der Konfrontation des Islams mit dem "aufgeklärten Westen" zu sehen?

## Was hängen bleibt

Wie schon angedeutet bestand die Konferenz aus 3 Themenblöcken, die einzeln schon eine ganze Konferenz ausfüllten. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die angeschnittenen Thematiken nur oberflächlich behandelt werden konnten. Anders gesagt: An vielen Stellen blieben mehr Fragen als Antworten zurück. Allerdings lässt sich anhand verschiedener mittlerweile veröffentlichter Artikel erkennen, dass die inhaltlichen Diskussionen nicht mit der Konferenz abebben, sondern durchaus

weitergeführt und -entwickelt werden.

Negativ bleiben Podienbesetzung und sexistische Diskussions“kultur“ in Erinnerung (siehe Kommentar).

Ein großes Lob gilt den Veranstalter\_innen, die eine perfekte Organisation und reibungslose Abläufe sicherstellten.

Für alle Interessierten wird es demnächst die Vorträge und Diskussionen zum Download auf der Homepage der Veranstalter\_innen geben:

<http://no-racism.mobi>

# FEEL THE GESCHLECHTERDIFFERENZ

Manche Unterschiede wurden auf der Antifa-Konferenz in der Stadt des Frohsinns schmerzlich deutlich – eben jene, welche linke Politik, die sich nicht nach den eigenen Strukturen und Bedingungen kritisch befragt, nach sich zieht: Waren unter den 150 Teilnehmer\_innen noch erfreulich viele Menschen mit weiblichem Geschlechtsausdruck (im Folgenden vereinfachend "Frauen" genannt), kann mensch diesen nicht viel mehr als "Anwesenheit" zuschreiben, konnte doch von gleichwertiger "Teilnahme" größtenteils keine Rede sein. Das Dominanzverhalten der anwesenden Männer (kurz für: Menschen, die Männlichkeit in patriarchaler Logik repräsentieren und reproduzieren) war so unsäglich unerträglich, dass jede weibliche Partizipation zwangsläufig zur Katastrophe werden musste. Denn jenseits der ausgetragenen thematischen Kontroversen war ein allgemeiner, unausgesprochener Konsens offensichtlich: Linke Politik und linke Profilneurosen sind Männersache. Vortragende und Moderierende waren bis auf sehr wenige Ausnahmen Männer. Für Anerkennung, theatralische Einlagen, diffamierende Kommentare sowie die gesamten Anschlussdiskussionen waren vorwiegend Männer

zuständig, die sich in einer Konkurrenz verschiedenster Macho-Attitüden, lokaler Privatfehden, ätzender Seitenhiebe und sexistischer Einlagen gegenseitig zu überbieten wussten.

Trotz rhetorisch bekundetem Antisexismus der selbsternannt-emanzipatorischen Linken zeigt sich in derartigen Strukturen ein gesamtgesellschaftliches Herrschaftsverhältnis, das hegemoniale, heterosexistische Männlichkeiten in Räumen ausbreitet und verankert und andere Geschlechtlichkeiten dabei disqualifiziert, ausgrenzt und unterordnet. Linke Kritik jedoch ist Herrschaftskritik – dass niemand frei von gesellschaftlichen Strukturen ist, ist ein alter feministischer Hut, doch davon, dass diese Erkenntnis Menschen mit emanzipatorischem Anspruch aus der individuellen Verantwortung für das eigene Handeln entließe, kann und darf nicht die Rede sein. Feministische, antisexistische Interventionen und die Fähigkeit zur radikalen, praktischen Selbstkritik müssen grundlegender Bestandteil der unversöhnlichen Kritik der bestehenden Verhältnisse bleiben, sein und werden.